

BANNER

24. Januar 2021

I

Vom 12. bis zum 15. September 1814 fand in der Chesapeake Bay an der nordamerikanischen Ostküste die Schlacht von Baltimore statt. In diesem an See und Land ausgetragenen Gefecht standen sich amerikanische und britische Truppen gegenüber, die zu diesem Zeitpunkt schon etwas über zwei Jahre lang im Britisch-Amerikanischen Krieg gegeneinander kämpften.

Dieser Krieg¹ brach aufgrund verschiedener Spannungen zwischen den jungen Vereinigten Staaten von Amerika und ihrer ehemaligen Kolonialmacht, dem Vereinigten Königreich aus. Der Krieg kann dabei in gewisser Weise als Verlängerung des rund 40 Jahre zuvor ausgetragenen Unabhängigkeitskriegs verstanden werden und hat aufgrund der zeitlichen Komponente auch einen Anschluss zu den Befreiungskriegen, die in Europa gegen die *Grande armée* Napoleons² gefochten wurden.

So war es den Briten im Frühjahr 1814 möglich, nach Napoleons erster Kapitulation deutlich mehr Truppen auf die nordamerikanischen Schlachtfelder zu schicken. Entsprechend günstig entwickelte sich für die britische Seite das Kampfgeschehen. Washington, D. C. das erst im Jahr 1800 als Planhauptstadt zum Sitz der amerikanischen Bundesregierung wurde, erlitt in einem Brand im August schwere Zerstörungen, was sich negativ auf die Moral der amerikanischen Seite auswirkte. Baltimore bot sich entsprechend als nächstes Ziel an, da es nicht nur eine wichtige geostrategische Position hatte, sondern als bedeutender Hafen auch wirtschaftlich relevant war.

Letztlich war der britische Angriff ein Fehlschlag, die Einnahme Baltimores gelang nicht. Somit ergab sich ein Wendepunkt im Krieg, der dazu führte, dass wenige Monate später am Heiligabend 1814 der Frieden von Gent unterzeichnet wurde, in dem sich beide Seiten auf den *status quo ante bellum* einigten. Die noch junge Nation konnte ihre Widerstandsfähigkeit gegen äußere Feinde unter Beweis stellen.

Die militärische Bedeutung dieser Schlacht ist sicherlich hoch anzusetzen, erscheint jedoch marginal angesichts einer weiteren Folge dieses Gefechts. Das im Hafen Baltimores gelegene Fort McHenry war Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen, von denen ein gewisser Francis Scott Key, seines Zeichens Rechtsanwalt, Zeuge wurde. Die Eindrücke der Kämpfe verarbeitete er in dem Gedicht *Defence of Fort M'Henry*, dessen erste Strophe sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts als Text für die Nationalhymne der Vereinigten Staaten einbürgerte und schließlich in dieser Funktion im Jahr 1931 auch offiziell anerkannt wurde, als Präsident Herbert Hoover am 4. März das entsprechende Gesetz unterzeichnete.

¹In der amerikanischen Geschichtsschreibung vornehmlich als *War of 1812* bezeichnet.

²Zu beachten ist vor diesem Hintergrund auch der *Louisiana Purchase* aus dem Jahr 1803, der für die Vereinigten Staaten eine massive Ausweitung ihres Territoriums bedeutete und für den bald sich selbst krönenden Kaiser eine willkommene Aufstockung der Kriegskasse darstellte.

II

Die Vereinigten Staaten sind ein Land, das sich zu allen möglichen und unmöglichen Anlässen mit patriotischem Pathos und nationaler Symbolik schmückt. Die Nationalhymne ist eines dieser Symbole, es gibt jedoch auch weitere, sichtbare Symbole und Riten, die das (politische) Selbstverständnis dieses Landes ausdrücken.

Bei einem Gang durch Washington, D. C. wird dies deutlich in der politischen Architektur. Reminiszenzen an die römische Antike zeigen sich in den vielen neoklassischen Bauten und auch im politischen Vokabular mit Begriffen wie *senate*, *capitol*, und *inauguration*. Vor dieser Kulisse fand am 20. Januar 2021 die Amtseinführung von Joe Biden Jr. als Präsident und Kamala Harris als Vizepräsidentin der Vereinigten Staaten statt.

Diese Amtseinführung ist das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 3. November 2020³, in denen das oben genannte demokratische Ticket knapp 81,3 Millionen Stimmen (etwas über 51 Prozent der abgegebenen Stimmen) und 306 der 538 Stimmen im *electoral college*, dem Gremium der Wählerleute⁴ erhielt. Biden und Harris lagen in der Volkswahl rund sieben Millionen Stimmen vor dem republikanischen Ticket des Amtsinhabers Donald Trump und seinem Stellvertreter Mike Pence, die im *electoral college* 232 Stimmen erhielten.

Auf der Oberfläche sieht dies wie ein deutliches Ergebnis aus, bei amerikanischen Präsidentschaftswahlen sind jedoch letztlich die Ergebnisse in den Bundesstaaten ausschlaggebend. Biden gewann Wisconsin mit knapp 21 000 Stimmen, Georgia mit etwas unter 12 000 Stimmen und Arizona gar nur mit knapp 10 500 Stimmen Vorsprung. Wenn sich in diesen drei Bundesstaaten zusammengenommen etwa 43 500 Personen mehr für Trump entschieden hätten, wird im *electoral college* aus einem 306 zu 232 für Biden ein Gleichstand von je 269, der eine Nachwahl durch das Repräsentantenhaus⁵ erforderlich gemacht hätte, in der Trump wahrscheinlich gewonnen hätte.

III

Diese Vorgabe einer vermittelten Mehrheit gehört zu den Besonderheiten⁶ des politischen Systems der Vereinigten Staaten. Und auch im Rest der Welt findet sich keine andere präsidentiale Demokratie, die zur Wahl des Staats- und Regierungsoberhauptes ein vergleichbares System anwendet.

Wie viele grundlegende politische Institutionen ist auch das *electoral college* vor spezifischen historischen Hintergründen zu betrachten. So sei zunächst einmal daran erinnert, dass in der absoluten

³Dies war wohl gemerkt nur der Tag, der eigentlichen Volkswahl, während Stimmen bereits davor abgegeben werden konnten und auch danach noch eingingen – mehr dazu weiter unten.

⁴Im weiteren Verlauf dieses Textes verwende ich der Handlichkeit halber den englischen Originalbegriff.

⁵Das Verfahren hierfür ist selbst für das als undurchsichtig bekannte politische System der Vereinigten Staaten bemerkenswert kompliziert. Eine detaillierte Schilderung dieser *contingent election* würde an dieser Stelle den Rahmen sprengen; interessierte Leserinnen und Leser können dazu gerne nach dem Zwölften Verfassungszusatz (engl. *twelfth amendment*) recherchieren.

⁶Kritische Stimmen würden wohl eher zum Begriff Anomalie tendieren.

Frühphase der Vereinigten Staaten eine Übergangsphase in der staatsrechtlichen Organisation bestand. Nach der Unabhängigkeitserklärung des 4. Juli 1776 sollte es noch knapp 13 Jahre dauern, bis die Verfassung der Vereinigten Staaten in Kraft trat. In der Zwischenzeit gab es die seit 1781 wirkenden Konföderationsartikel⁷, die als ständiges Organ einen Konföderationskongress vorsahen, in den die ehemaligen Kolonien ihre Vertreter entsandten – als groben Vergleich kann man hier den Bundestag zu Zeiten des Deutschen Bundes im 19. Jahrhundert nennen.

Die amerikanische Zentralregierung war in dieser Phase vergleichsweise schwach ausgestaltet. So konnte der Konföderationskongress zwar Krieg erklären und völkerrechtliche Verträge schließen, der Großteil an Kompetenzen (hier nennenswert auch das Recht, Steuern zu erheben) verblieb jedoch zunächst bei den Bundesstaaten. In den Jahren vor 1789 entbrannte in der politisch gebildeten Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten ein lebhafter Streit über die Umgestaltung der Vereinigten Staaten hin zu einem föderal verfassten Nationalstaat; dieser Streit ist auch bis heute ausführlich dokumentiert und interpretiert worden, allen voran auf Seiten der Fürsprecher einer föderalen Verfassung in den *Federalist Papers*, unter Pseudonym kollektiv erstellt von Alexander Hamilton, John Jay und James Madison.

Die Ratifizierung der neuen amerikanischen Verfassung erfolgte dann zügig und ohne größere Widersprüche. Die Zustimmung von neun Staaten – zu verstehen als Zustimmung zum Verfassungsentwurf in den Parlamenten der einzelnen Bundesstaaten – war zur Ratifizierung erforderlich und wurde innerhalb von rund sieben Monaten realisiert, als New Hampshire am 21. Juni 1788 zustimmte. Somit formte sich auf friedlichem Wege⁸ ein einheitlicher Staat aus den Dreizehn Kolonien.

Als Teil des Kompromisses in diesem konstituierenden Moment ist die besondere Behandlung der Bundesstaaten im politischen Gefüge der Vereinigten Staaten zu sehen. Ein Merkmal hierfür ist die Ausgestaltung des Senats, in dem allen Bundesstaaten zwei Sitze zukommen, unabhängig von ihrer Bevölkerungszahl.⁹ Diese Verteilung wirkt sich auch direkt auf das *electoral college* aus, weil sich die Anzahl der Wahlleute für jeden Bundesstaat aus der Summe seiner Sitze im Senat und im Repräsentantenhaus errechnet. Im Repräsentantenhaus wird versucht, der Bevölkerungsanzahl der einzelnen Bundesstaaten etwas besser zu entsprechen, doch angesichts einer Gesamtbevölkerung der Vereinigten von über 325 Millionen Menschen ist der dortige Proporz unvollkommen.¹⁰ Dies alles kann dazu führen, dass es bei amerikanischen Präsidentschaftswahlen zu unterschiedlichen Mehrheiten im Volk und im *electoral college* kommen kann, und gerade in jüngster Zeit trat dieses Szenario mehrmals ein. In den 28 Jahren seit 1993 saß 16 Jahre lang ein Demokrat im Weißen Haus

⁷Im *Original Articles of Confederation and Perpetual Union*.

⁸Anders als beispielsweise in Deutschland oder in der Schweiz, wo die Bildung eines föderalen Nationalstaates im darauf folgenden Jahrhundert erst nach blutigen Auseinandersetzungen gelang.

⁹Um beide Extrema als (zugegeben übertriebenes) Beispiel zu benennen: Kalifornien hat im Senat genau so viele Sitze wie Wyoming. Überträgt man grob die jeweiligen Bevölkerungszahlen entspräche dies einer Versammlung, in der Polen durch die gleiche Anzahl Personen vertreten wäre wie die Stadt Essen.

¹⁰Dieses Problem ist jedoch keine amerikanische Spezialität, sondern findet sich auch in anderen Arrangements, bei denen ein Parlament nicht durch ein Elektorat in Gänze, sondern durch eine Summe kleinerer Elektorate gewählt wird – Beispiele hierfür sind der Schweizer Nationalrat oder das Europäische Parlament.

und zwölf Jahre lang ein Republikaner – ein relativ ausgeglichenes Verhältnis. Doch nur einmal in dieser Zeit erzielte ein republikanischer Kandidat bei Präsidentschaftswahlen auch eine Mehrheit in der Volkswahl, George W. Bush im Jahr 2004.

Das System zur Wahl des amerikanischen Staatsoberhauptes hat seit Gründung der Vereinigten Staaten allenfalls kosmetische Änderungen erfahren und repräsentiert somit weiterhin einen Interessenausgleich zwischen Bundesstaaten und Zentralgewalt, der von einem gegenseitigen Gewicht ausgeht, das sich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts erheblich verschoben hat. Eine wichtige Wegmarke hierfür war sicherlich der amerikanische Bürgerkrieg von 1861 bis 1865. Auslöser hierfür war das entschiedene Eintreten der Südstaaten für den Beibehalt der Sklaverei, diese Position erfuhr jedoch eine Verkleidung durch das strukturelle Argument der Rechte der Bundesstaaten – im Original als *states' rights* bezeichnet. Durch den Sieg der Union im Bürgerkrieg und die Beseitigung der zumindest rechtlichen rassistischen Nachwehen durch die Regierungen von John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson während der Bürgerrechtsbewegung in den 1960er Jahren setzte sich hier die Bundesregierung gegenüber den Bundesstaaten durch. Weiterhin ist auch zu beachten, dass die Bedeutung der amerikanischen Streitkräfte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs durch die Blockbildung und die daher zunehmend imperialistische Rolle der Vereinigten Staaten erheblich zunahm, also in einem Politikfeld, in dem die Bundesstaaten ebenfalls weitgehend außen vor sind. Dies verdeutlicht somit eine schrittweise Machtverschiebung zwischen Washington D. C. und den Bundesstaaten hin zu einem Status, der den Kräfteverhältnissen zum Zeitpunkt der Verfassungsgebung nicht mehr entspricht.

Das *electoral college* erscheint vor diesem Hintergrund als überholt. Zwar ist es grundsätzlich nachvollziehbar, dass ein Kandidat oder eine Kandidatin für das höchste Staatsamt Unterstützung im gesamten Land finden sollte, und nicht nur in einzelnen Regionen. Auf der anderen Seite führt dies zu einer faktischen Unterscheidung in der Wirksamkeit und Wichtigkeit abgegebener Stimmen. Denn neben den mathematischen Ungleichheiten in der Repräsentation ergeben sich auch Unterschiede durch den Umstand, dass alle Wähler eines Staates¹¹ an den Kandidaten oder die Kandidatin gehen, die auf die meisten Stimmen kommen, unabhängig davon wie knapp der Vorsprung ist. In den jeweiligen Hochburgen der Parteien kann dies einen demobilisierenden Effekt haben – eine republikanische Wählerin im Staat New York weiß mit ziemlicher Sicherheit, dass ihre Stimme kaum einen Unterschied machen wird, genau so wie ein demokratischer Wähler in Texas.¹²

Die Kritik am *electoral college* kann also durchaus mit Argumenten unterfüttert werden, entsprechend gibt es auch schon Bemühungen zur Einführung eines anderen Systems,¹³ denen jedoch allen eine gewisse Vergeblichkeit innewohnt. Die Grundsätze zur Wahl des amerikanischen Staatsoberhauptes sind in der amerikanischen Verfassung kodifiziert, was angesichts der Tragweite auch ab-

¹¹ Ausnahmen hiervon sind die Staaten Maine und Nebraska, die eine zusätzliche Verteilung einiger Wähler auf Basis der Ergebnisse in den Kongressdistrikten vornehmen.

¹² Wobei sich Texas für diese Erklärung zunehmend weniger als Beispiel eignet.

¹³ Eine aktuelle Initiative dafür ist der *National Popular Vote Interstate Compact*, ein von 15 Bundesstaaten und dem District of Columbia – allesamt eher auf Seiten der Demokraten – vorgeschlagener Staatsvertrag.

solut angemessen ist. Die amerikanische Verfassung hat im internationalen Vergleich enorm große Hürden für eine Änderung, was durchaus ein zweischneidiges Schwert ist. Dadurch besteht zwar einerseits eine hohe Stabilität in der Staatsform, unter dieser Oberfläche bestehen jedoch Strukturen fort, die als veraltet und erstarrt betrachtet werden können.

IV

Zur Ehrenrettung des *electoral college* sei an dieser Stelle angeführt, dass es eine gewisse skurrile Dramatik mit sich bringt.

Unzählige Millionen Dollar werden in Wahlkämpfe gesteckt, um sich möglichst gut für die Volkswahl alle vier Jahre im frühen November zu positionieren. Und meistens steht am Wahlabend ja auch fest, welche Person in 1600 Pennsylvania Avenue einziehen oder noch etwas länger wohnen darf. Aber der eigentliche Wahlakt erfolgt erst einige Wochen später in den Hauptstädten der 50 Bundesstaaten, wo Männer und Frauen zusammenkommen, um eine Wahl vorzunehmen, deren Ergebnis schon jeder und jedem bekannt ist; all dies in einer trostlos-langweiligen Atmosphäre administrativer Nüchternheit, gegen die die Abholung eines Führerscheins beim Straßenverkehrsamt wie ein Ritt auf einer Achterbahn wirkt.

Ein Zeremoniell, das der Tragweise des Anlasses nicht mal annähernd gerecht wird. Die perfekte Antiklimax.

V

Die vergangene Präsidentschaftswahl ist so historisch wie das Jahr, in dem sie stattgefunden hat. Wie auch an anderen Orten der Welt war die Corona-Pandemie das überragende gesellschaftliche Thema und auch andere Entwicklungen hatten oft einen mehr oder weniger engen Bezug zu der gesundheitlichen Notlage.

Beim Management der krisenhaften Situationen gaben sich die Regierungen vieler Staaten die Blöße, doch die Reaktion von Präsident Trump war ignorant bis fahrlässig, wie man es auch aus anderen Politikbereichen von ihm kennt. Viele Schwierigkeiten ergaben sich jedoch unabhängig davon aus den diversen Maßnahmen für das öffentliche Leben, die sich aus der Notwendigkeit pandemischer Schadensbegrenzung ergeben und Rückgänge bei wirtschaftlicher Aktivität und Beschäftigung mit sich brachten.

Im sozioökonomischen Gefüge der Vereinigten Staaten bringen diese Maßnahmen oft erhebliche Verheerung mit sich. Schon jetzt haben viele Familien der amerikanischen Mittelschicht nicht die Vermögensmittel, um die Einkommensausfälle zu kompensieren, die sich in Ermangelung sozialer Sicherungssysteme zwangsläufig einstellen, sobald bestimmte Tätigkeiten nicht mehr ausgeübt werden können. Dieser Umstand ist auch keineswegs neu, sondern seit jeher die Substanz des ame-

rikanischen Wirtschaftsmodells, die auch von keiner politischen Seite ernsthaft angetastet wird – *it's not a bug, it's a feature*.

Weiterhin zeigten sich die Verwerfungen der rassistischen Ungleichbehandlungen, wozu sicherlich die Dokumentation des Todes von George Floyd besonders beigetragen hat. Die Tätigkeit im polizeilichen Streifendienst bringt sicherlich das Potential für Ausnahmesituationen mit sich, darunter auch Fälle von Notwehr. Bürgerinnen und Bürger eines zivilisierten Rechtsstaats dürfen jedoch erwarten, dass eine routinierte Polizeikontrolle an ihnen durchgeführt werden kann, ohne dass sie als Ursache physischer Misshandlung anschließend den Tod finden. Die teilweise gewaltsamen Ausschreitungen, die sich in den anschließenden Wochen an verschiedenen Orten in den Vereinigten Staaten ereigneten, sind nicht zu rechtfertigen, erscheinen aber schlüssig, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die teilweise auch rechtlich fixierte Schlechterstellung nicht-europäischstämmiger Personen eine Erblast der Gründerväter ist, die bis heute nicht komplett abgeschüttelt wurde.

Diese handfesten Krisen, verknüpft mit der gesellschaftlichen Polarisierung, die ohnehin aufgrund des fast perfekten Zweiparteiensystems besteht, hätten durchaus dazu führen können, dass es zu einem Ausfall der öffentlichen Ordnung kommt, gerade auch am tatsächlichen Wahltag. Die amerikanische Bevölkerung zeigte sich jedoch zivilisierter. In absoluten Zahlen haben Joe Biden und Donald Trump die meisten respektive zweitmeisten Stimmen bekommen, die je für einen Präsidentschaftskandidat oder eine Präsidentschaftskandidatin abgegeben wurden. Der Wahlkampf fand natürlich in einer hitzigen Atmosphäre statt, brachte aber letztlich eine bemerkenswerte Mobilisierung mit sich, auf republikanischer wie demokratischer Seite. Mehr als 158 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner bedienten sich letztlich des wirksamsten Instruments, das ihnen im Rahmen einer repräsentativen Demokratie zusteht: der individuellen Stimmabgabe im Rahmen einer freien demokratischen Wahl. Vor diesem Hintergrund ergab sich die höchste Wahlbeteiligung seit dem Jahr 1900, wohlgermerkt in einer pandemischen Ausnahmesituation. Hervorzuheben ist hier auch die Leistung der unzähligen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern vor Ort, die über mehrere Tage hinweg die teilweise verspätet eintreffenden Stimmzettel auswerteten und es ausnahmslos schafften, rechtzeitig amtliche Endergebnisse festzustellen.

Während das Volk seiner konstitutionellen Aufgabe nachkam, machte sich Trump schon in der Wahlnacht an den Versuch, diese konstitutionelle Ordnung zu demontieren. Als entscheidende Ergebnisse aus wichtigen eng umkämpften *battleground states* noch ausstanden, erklärte er sich vor Anhängerinnen und Anhängern bereits zum Wahlsieger. Was für sich genommen noch als albernes Gehabe abgetan werden kann, wurde durch weitere Äußerungen zu einem Angriff auf das aus Lehrbüchern bekannte System der *checks and balances*. Seine Forderungen danach, die Ergebnisse vor Gerichten anzufechten ist nüchtern betrachtet zunächst legitim, da es zum Wesen von Rechtsstaaten gehört, die Möglichkeit zu ergreifen, Wahlen durch die Judikative zu überprüfen. Wenn er jedoch beabsichtigt, die Gerichte dazu zu nutzen, Wahlergebnisse praktisch zu annullieren und diese Erwartungshaltung bei jeder erdenklichen Gelegenheit in die Öffentlichkeit trägt, lautet das Motiv nicht mehr Rechtsschutz, sondern Selbstsucht. Flankiert wurden diese juristischen Schritte auch

durch die Einschüchterung verschiedener Amtsträgerinnen und Amtsträger in den entscheidenden Bundesstaaten. Krassestes Beispiel hierfür war ein Telefonat zwischen Trump und Brad Raffensperger, dem *Secretary of State*¹⁴ von Georgia, der in dieser Funktion auch Wahlleiter des Bundesstaats ist, und der die Weitsicht hatte, Trumps Anruf unter Anwesenheit eines Anwalts mitzuschneiden. Darin forderte Trump Raffensperger auf, genug Stimmen zu „finden“, um ihm noch den Sieg in Georgia zu bringen,¹⁵ wobei Raffensperger anschließend erklären sollte, dass im Staat einfach nochmal „neu gerechnet“ worden sei. Raffensperger verwehrt sich dagegen, vor allem in Kenntnis der tatsächlich Ergebnisse, die er als *Secretary of State* zertifizierte hatte. Der Rest des Gesprächs war dann geprägt vom klassischen eingeschnappten Zweiklang aus Beleidigungen und Drohungen.

In den Wochen nach dem Wahltag gingen so in vielen Bundesstaaten Gerichtsprozesse ins Land, die fast ausnahmslos gegen Trump entschieden wurden. Dort wurden allenfalls fallweise Irregularitäten festgestellt, wie es sie auch bei vorigen Wahlen und auch in anderen demokratischen Ländern gibt, jedoch in keinem Fall so grobe Fehler, die für ein substanziell falsches Wahlergebnis sprechen können. Die weiteren Etappen im Verfahren der amerikanischen Präsidentschaftswahl nahmen also ihren Lauf, mit dem Endpunkt der Zertifizierung des Ergebnisses im *electoral college* durch beide Kammern des Kongresses am 6. Januar.

Dieser staatsnotarielle Akt wurde überschattet durch einen versuchten Staatsstreich von oben.¹⁶ Bei einer Kundgebung vor Anhängerinnen und Anhängern, die fest davon überzeugt sind, dass Trump nicht verloren hat, rief er sein Publikum dazu auf, sich auf den Weg zum Kapitol zu machen; genug Leute folgten diesem Vorschlag dann auch. Vor der Einschätzung nochmals eine kurze Tatsachenbeschreibung, um den Begriff des Staatsstreichs zu untermauern. Nachdem Trump erfolglos darin war, ein Wahlergebnis durch juristische Hebel unwirksam zu machen, motivierte er Menschen dazu, ein Gebäude gewaltsam zu stürmen, in dem die demokratisch gewählten Mitglieder des Senats und des Repräsentantenhaus zusammen kamen, um das Endergebnis einer demokratischen Präsidentschaftswahl festzustellen. Ein schlichtweg krimineller Akt. Nach einiger Zeit war die Lage wieder beruhigt und die zwischenzeitlich evakuierten Abgeordneten schlossen die Bestätigung letztlich ab. Jedoch erst, nachdem Teile der Nationalgarde und anderer bewaffneter Truppen mobilisiert wurden, eine Ausgangssperre über Washington D. C. verhängt wurde und es zu Verletzten und Toten kam.

Trump selbst untermauerte im Laufe des Tages wieder einmal seinen absoluten Mangel an Format, Verantwortungsbewusstsein und Führungsstärke. In einer hastig aufgezeichneten Videobotschaft bat Trump die gewaltsam Protestierenden darum, nach Hause zu gehen, sagte gleichzeitig aber wie

¹⁴Diese Amtsbezeichnung gibt es in fast allen amerikanischen Bundesstaaten. Der oder die *Secretary of State* hat dabei in vielen Staaten das dritt wichtigste Amt auf Bundesstaatsebene, hinter dem Gouverneur bzw. der Gouverneurin und dem Vizegouverneur bzw. der Vizegouverneurin. Da es keine sinngemäße deutsche Übersetzung gibt – „Staatssekretär“ wäre z. B. irreführend, weil dieser Begriff in Deutschland eine eher nachrangige Position in der Exekutive bezeichnet – wird hier der englische Originalbegriff verwendet

¹⁵Der alleine wohl gemerkt nicht ausgereicht hätte, um im *electoral college* eine Mehrheit für Trump zu erzielen.

¹⁶Die spanische Sprache kennt (vielleicht aufgrund diverser Anwendungsfälle) hierfür den deutlich griffigeren Ausdruck *autogolpe*.

besonders sie doch wären. Zum Vergleich: als franquistische Teile der *Guardia Civil* im Februar 1981 in den Plenarsaal des spanischen Abgeordnetenhauses eindrangen und einige (bis heute sichtbare) Einschusslöcher in der Decke des Saals verursachten, war noch am selben Abend König Juan Carlos im Fernsehen zu sehen, wie er in voller Uniform – merke, hier spricht der Oberbefehlshaber – seine unmissverständliche Ablehnung des Putschs zum Ausdruck brachte. Das institutionelle Gewicht von Militärangehörigen ist sicher nicht mit dem von einigen Randaliererinnen und Randalierern vergleichbar, dennoch ist der Unterschied frappierend.

In Zeiten globaler medialer Vernetztheit waren die Bilder vom Kapitol natürlich unmittelbar auch im Ausland zu sehen; und ebenso schnell waren aus vielen Staaten fassungslose Reaktionen zu vernehmen. Das Ganze hatte ein Stück weit den Charakter einer nordatlantisch-abendländischen Nabelschau, weil sich solche Dinge sonst nur dort ereignen, wohin das Interesse westlicher Öffentlichkeiten nicht reicht.¹⁷ Diese Reaktion ist jedoch nicht nur nachvollziehbar, sondern auch zu begrüßen. Schließlich findet sich kaum ein vergleichbares Ereignis, in dem ein Staats- oder Regierungsoberhaupt so gezielt versucht, einen unerwünschten Wahlausgang in seinem Sinne gewaltsam zu ändern.

Die letzte Bestätigung von Joe Biden wurde durch die Ausschreitungen im Ergebnis nur einige Stunden verzögert, es könnte sich also der Gedanke einstellen, dass die demokratischen Institutionen der Vereinigten Staaten ihre Resilienz unter Beweis gestellt haben. Vor solchen mechanistischen Gedanken sollte man sich hüten. Das politische System der Vereinigten Staaten kennt wie alle politische Gemeinwesen Institutionen, die abstrakte Namen tragen und den drei Staatsgewalten zugeordnet werden können. In Gänze mag dies ein Apparat sein, doch er bringt Entscheidungen nur zustande, weil Menschen auf eine bestimmte Art und Weise handeln. An wichtigen Schnittstellen handelten Personen nicht in Loyalität zur Person Donald Trump, sondern im Bewusstsein ihrer Rolle im konstitutionellen Gefüge, einschließlich der Befugnisse und der Verantwortung¹⁸ die damit einhergehen. Besonders im Senat setzte dieses Bewusstsein bei einigen erst angesichts des Schocks in Folge des Angriffs ein. So gab der republikanische Senator Lindsey Graham wortreich-flapsig zu Protokoll, dass ein solcher Gewaltakt abzulehnen sei und auch seine Parteifreundin Kelly Loeffler rückte in ihrer wohl letzten relevanten Rede als Senatorin¹⁹ kleinlaut von Trump ab.

Diese und andere Menschen entschieden sich dagegen, Trump in seinem Vorhaben zu unterstützen. Dies schließt nicht aus, dass sich andere Menschen in der selben Position anders entschieden hätten. Das Verhältnis staatlicher Organe leitet sich aus Verfassungen, Gesetzen und anderen Rechtsakten ab. Doch dieses positive Recht gelangt erst durch persönliches Wirken zur Anwendung – die Struktur mag rigide sein, doch die Handlung ist kontingent.

¹⁷So wurde im November 2020 in Guatemala-Stadt ebenfalls das Kapitol gestürmt und sogar teilweise in Brand gesetzt. Auslöser hierfür waren Proteste gegen den Haushaltsplan von Präsident Alejandro Giammattei. Auf der deutschsprachigen Wikipedia findet sich dazu lediglich ein Satz.

¹⁸Hier äußerten sich einige Personen gerne unter Referenz auf den Amtseid den sie geschworen haben. Falls die Ereignisse um die Präsidentschaftswahl irgendwann der Verwertung durch die amerikanische Kulturindustrie überführt werden, dürfen solche Szenen in keinem Drehbuch fehlen.

¹⁹In der Nacht vor der gemeinsamen Sitzung des Kongresses verlor sie die Stichwahl um ihren Sitz gegen den demokratischen Kandidaten Raphael Warnock.

VI

Ein besonderes Bild ergab sich auch bei der (zugegeben eher zaghaften) Auflösung der Proteste. So nahm ein Angehöriger der Sicherheitskräfte eine weiße Frau an die Hand, die augenscheinlich körperliche Schwierigkeiten hatte, die Stufen des Kapitols eigenständig hinabzusteigen. Dies geschah vorsichtig und behutsam.

Vor dem Hintergrund des hinlänglich dokumentierten Verhaltens von Einsatzkräften bei anderen Ausschreitungen in verschiedenen Regionen der Vereinigten Staaten kann man ausschließen, dass mit einer nicht-weißen, vergleichbar körperlich beeinträchtigten Frau ähnlich zimperlich umgegangen worden wäre. Und jeder, der das Gegenteil behauptet, belügt sich selbst.

VII

Jedem Wahlsieg wohnt eine spezielle Dialektik inne. Es gibt den freudigen Moment des Sieges in der Auseinandersetzung mit den politischen Kontrahentinnen und Kontrahenten. Doch in exakt diesem Moment steht bereits die Verantwortung fest, derer man sich stellen muss; gleich einem Urteil in letzter Instanz, das keine Revision mehr zulässt. Auf Joe Biden wartet ein volles Programm als nächster Insasse des Weißen Hauses.

Auf struktureller Ebene muss sich Biden zumindest bis Anfang 2023 wenig Gedanken machen, denn in beiden Kammern des Kongress besteht eine demokratische Mehrheit. Beide Mehrheiten sind allerdings schmal. Im Repräsentantenhaus konnten die Republikaner bei den Wahlen per Saldo 15 Sitze gewinnen, sodass die demokratische Mehrheit dort nur wenige Sitze beträgt. Und im Senat besteht ein Unentschieden von 50 zu 50²⁰, das Vizepräsidentin Kamala Harris in ihrer Funktion als Präsidentin des Senats auflösen kann.

Die Herausforderungen für die neue Regierung bleiben auch schwerwiegend. Die Vereinigten Staaten sind weiterhin schwer von der Corona-Pandemie betroffen, mit entsprechenden Zusammenbrüchen in der medizinischen Versorgung und im weltweiten Vergleich immensen Todeszahlen. Die wirtschaftlichen Schockwellen werden sich ebenfalls absehbar nicht beruhigen. Dies betrifft natürlich einerseits die Fähigkeit von Unternehmen, vor dem Hintergrund von Einschränkungen im Betrieb und einem allgemeinen Rückgang von Kaufkraft und Nachfrage weiterhin Profite zu erzielen. Andererseits besteht weiterhin das Phantom der erheblichen Verschuldung vieler amerikanischer Privathaushalte, die sich mittels finanzieller Vehikel bis zur Unkenntlichkeit an andere Stellen verschieben lässt, aber irgendwann doch durchschlagen wird.

Neben diesen und anderen handfesten Herausforderungen ist allerdings auch die Gestaltung des künftigen politischen Ziels eine Aufgabe, die Biden während seiner Amtszeit wie ein Hintergrundrauschen begleiten wird. Sowohl im Wahlkampf und erst recht in den letzten Wochen als designier-

²⁰Nominell gibt es nur 48 demokratische Senatorinnen und Senatoren; allerdings gehören der demokratischen Senatsfraktion auch die beiden unabhängigen Senatoren Angus King aus Maine und Bernie Sanders aus Vermont an.

ter Präsident betonte Biden wie ein Mantra Begriffe wie *healing* oder *decency*. Bidens politischer Werdegang lässt diese Haltung schlüssig erscheinen. So ist Biden ein Veteran im Senat und hatte als solcher langjährige Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Republikanern; eine Zusammenarbeit, die aufgrund seiner eher moderaten Position innerhalb der demokratischen Partei für ihn auch leicht durchzusetzen war. Vor dem Hintergrund der hitzigen Polarisierung in der amerikanischen Politik erscheint es ehrenhaft, dieses angespannte Klima etwas abkühlen zu wollen.

Die Situation, die Biden übernimmt, ist jedoch nicht mit vorigen Machtwechseln vergleichbar. Beim Wechsel der Präsidentschaft zwischen den Parteien gab es natürlich veränderte politische Prioritäten, je nach Überzeugung und Parteilinie der neu in Ämter gekommenen Personen. Donald Trump ist als Amtsvorgänger jedoch ohne Beispiel. Wie wenige Politiker vor ihm sorgte er für eine nepotistische Durchsetzung der inneren Regierungszirkel, wo für verschiedene Familienangehörige diverse Positionen geschaffen wurden – ganz zu schweigen von den nach wie vor laufenden Geschäften der Trump Organization. Ebenso außergewöhnlich war die Aushöhlung weiter Teile der an die Bundesregierung angeschlossenen Verwaltung mit Ministerien und weiteren Behörden, in denen viele Posten schon seit Monaten, wenn nicht Jahren ihrer Besetzung harren – sei es aufgrund persönlicher Kränkung oder schlichtem Desinteresse.

Mit den gewaltsamen Ausschreitungen am Kapitol und der maßgeblichen Rolle von Donald Trump ist klar, dass Langmut gegenüber Trump nicht die Antwort sein kann. Das gegen ihn angestoßene zweite Amtsenthebungsverfahren ist ein Muster ohne Wert, da der politische Kalender der Vereinigten Staaten diese Aufgabe bereits gründlich erledigt hat. Es wird auch sicherlich innerhalb der republikanischen Partei für viele Kongressmitglieder relevant sein, wie sie sich positionieren, da sie bei einer Unterstützung vor einer internen Absetzung bei der kommenden Wahl stehen können. Die politische Hygiene gebietet jedoch, Worte und Taten wie die aus der Zeit zwischen Wahltag und Amtsübergabe nicht unwidersprochen zu lassen, in der Hoffnung dass dieser Widerspruch auch in der Bevölkerung verstanden und übernommen wird.

VIII

Neben guter Symbolpolitik gibt es natürlich auch schlechte Symbolpolitik, die nur als politisches Surrogat dient und vor allem den Zweck verfolgt, sich selbst besser zu fühlen. In der konstituierenden Sitzung des Repräsentantenhauses sprach der demokratische Abgeordnete Emanuel Cleaver ein Gebet, welches er mit den Worten „Amen and a woman“ beendete.

Hier wird also im Sinne der Gleichstellung der Geschlechter die jahrtausendealte Etymologie einer religiösen Akklamationsformel geschmeidig ignoriert. Ein unbeholfener Akt von Kulturchauvinismus, der für sich genommen nichts zur Behebung im Geschlecht begründeter sozioökonomischer Benachteiligungen beiträgt.

IX

In Summe wird angesichts all dieser Schwierigkeiten und Erschütterungen deutlich, dass die Vereinigten Staaten derzeit ein Land sind, das zunächst einmal wieder zu sich finden muss. Zwar hat Joe Biden angekündigt, als eine seiner ersten Amtshandlungen den Wiederbeitritt zum Pariser Klimaabkommen und zur WHO zu verkünden. Mit diesem Schritt bewegen sich die Vereinigten Staaten wieder in multilaterale Foren, die der Konfrontation mit den derzeit drängendsten globalen Herausforderungen dienen. Dies allein sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Vereinigten Staaten als wirksamer strategischer Akteur – geschweige denn Partner – auf der internationalen Ebene zumindest noch für die kurze Frist ausfallen werden. Besonders heikel könnte für Deutschland hier auch die Erdgaspipeline Nord Stream 2 werden. Auch die neue Regierung von Joe Biden wird hier sicher weiter die amerikanischen Interessen in den Vordergrund stellen und so den Finger in eine Wunde legen, die sich Deutschland ohne Not zugelegt hat; gleich einem Grundschulkind, das noch nicht ganz weiß, wie man mit einer Schere umgeht.

Die Abkehr der Trump-Regierung von Prinzipien und Institutionen des Multilateralismus war so gravierend, dass es eine gewisse Zeit brauchen wird, überhaupt so etwas wie eine basale Arbeitsfähigkeit wiederherzustellen. Und auch wenn auf europäischer Seite allgemein ein Präsident Biden mit mehr Wohlwollen gesehen wird, sollten auch auf dieser Seite die Erwartungen niedrig gehalten werden. Gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik ist nicht damit zu rechnen, dass Forderungen nach einem stärkeren Eigenengagement der europäischen Staaten (im Rahmen der NATO aber auch anderswo) leiser werden, sie werden allenfalls freundlicher formuliert – *suaviter in modo, fortiter in re*. In diesem Politikfeld findet sich wohl auch der eheste Fall einer gewissen sachlichen Einigkeit zwischen Demokraten und Republikanern, deutete sich die Abkehr des amerikanischen Engagements in Europa (und vor allem seiner Umgebung) doch schon mit dem *pivot* in Richtung Asien während der Präsidentschaft von Barack Obama an.

All dies ist für die europäischen Staaten dennoch kein Trost. Im Sinne der multipolaren Positionierung haben die seit diesem Jahr 27 Mitgliedstaaten die (zugegeben extrem unterkomplexe) Formel *size matters* verinnerlicht. Auf globaler Ebene fühlt sich die EU manchmal sicherlich größer als sie ist, doch aufgrund ihrer wirtschaftlichen Kraft, der Größe und Attraktivität ihres gemeinsamen Marktes und dem zumindest im Kontakt mit Drittstaaten weitgehend einheitlichen Auftreten²¹ ermöglicht die EU ihren Mitgliedstaaten zumindest in gewissem Maße die Chance, grundlegende politische Ausrichtungen autonom zu setzen. Hier sollte man auch nicht dem Allgemeinplatz folgen, dass die durch die EU vermittelte Souveränität nur kleinen Staaten wie Portugal, Luxemburg oder der Slowakei hilft – auch Deutschland und Frankreich werden auf globaler Ebene nur deshalb ernst genommen, weil sie im europäischen Verbund integriert sind.

Eine simple und oberflächliche Betrachtung genügt bereits, um zu dem Urteil zu kommen, dass es für die EU normativ gesehen zur Partnerschaft mit Vereinigten Staaten keine vernünftige Alter-

²¹Die Schilderung von internen Querelen der EU ist in einem anderen Essay besser aufgehoben als hier.

native gibt, erst recht nicht mit neu-despotischen Staaten wie China oder Russland. Es ist jedoch zu Beginn der Amtszeit von Joe Biden reine Spekulation, inwiefern sich die Vereinigten Staaten in den kommenden Jahren dieser Auseinandersetzung stellen wollen oder können.

Die Liste der außenpolitischen Themen zum Kopfzerbrechen lässt sich natürlich noch beliebig fortsetzen, allen voran mit der fortwährenden Ordnungslosigkeit in Krisenregionen wie dem Nahen Osten oder der Sahelzone. Es bleibt zu hoffen, dass der neue Außenminister Antony Blinken schon weiß, worauf er sich da eigentlich eingelassen hat.

X

Die Amtseinführung von Joe Biden und Kamala Harris war wieder einmal das große Zeremoniell, das dem Selbstbewusstsein der Vereinigten Staaten gerecht werden soll. Dadurch, dass Donald Trump der Amtsübergabe demonstrativ aus eigenem Antrieb fernblieb und dadurch, dass sein Name auch nicht direkt während der verschiedenen Ansprachen erwähnt wurde, stellte sich jedoch der Eindruck ein, dass eine Nation einen Moment öffentlicher politischer Amnesie erlebte. Biden selbst äußerte sich in seiner Rede versöhnlich und zuversichtlich; doch in der Nachlese der Feierlichkeiten traten eher Amanda Gorman durch den Vortrag ihres Gedichts hervor (der rhetorische Punktsieg geht übrigens klar an sie) oder Bernie Sanders aufgrund seiner, wie soll man sagen, unkonventionellen Kleidungswahl.

Während des eingangs erwähnten Brand von Washington im Britisch-Amerikanischen Krieg wurde auch das Kapitol erheblich zerstört. Es sollte mehr als 200 Jahre dauern, bis das Kapitol wieder beschädigt werden sollte. Nicht fremde Mächte, sondern heimische Gewalttäter vollbrachten dieses Werk, das Bilder hervorbrachte, die innerhalb wie außerhalb der Vereinigten Staaten nicht schnell vergessen werden und auch nicht schnell vergessen werden sollten.

Im später zur Nationalhymne vertonten Gedicht möchte Francis Scott Key wissen, ob das sternbesetzte Banner denn noch über dem Land der Freien weht. Die Antwort lautet ja, Angabe ohne Gewähr.